

9. Zusammenfassung und Ausblick

01 Ziel der Arbeit, Problemaufriss, Forschungsfrage(n)

Die vorliegende Studie hat in einer empirisch-qualitativen Analyse Arbeitsformen des Selbsterstellens untersucht. Ziel war es, die Forschungsbereiche Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft mit der Nachhaltigkeits- und Designforschung zu verbinden. Im Blickpunkt standen sowohl die Veränderungen der modernen Arbeitswelt (Zunahme von Solo-Selbstständigkeit, Bedeutungsgewinn von kreativer und nachhaltiger Arbeit) als auch neue politische Handlungsformen. Zentrale Frage der Studie war, ob sich in Produktionskonzepten des Selbsterstellens (im Kontext von Designproduktion) neue Formen des politischen Handelns zeigen: Verfolgen Akteure, die Produkte nach ökologischen und/oder fair-sozialen Konzepten selbst herstellen, gesellschaftspolitische Ziele? Und wenn ja, wie drückt sich das in ihren Arbeitsformen und Umsetzungsstrategien aus? Die Studie griff dazu zum einen den kulturhistorischen Diskurs des Selbermachens der letzten Jahre auf, der das Selbermachen zur neuen Form der Gesellschaftskritik erklärt – und den Akteuren nahezu dauerhaft einen politischen Subjektstatus unterstellt, ohne dass dieser empirisch untersucht wurde. Zum anderen setzte die Studie am Diskurs zur Subjektivierung von Arbeit und einer möglichen Subjektivierung des Politischen an – beides wurde zusammenhängend noch nicht untersucht: Während die Arbeitssoziologie unter Subjektivierung mehrheitlich eine Form der *aktiven* Subjektivierung versteht, wonach sich Arbeitssubjekte heute mit ihren ganzen Wissensbeständen *aktiv* in die Arbeitswelt einbringen (müssen), stellt die Politikwissenschaft eine Form der *aktiven* Subjektivierung voran, die neben Gefahren für die Demokratie (fortschreitende Distanzierung von Bürger*innen und Parteien etc.) neue Möglichkeiten zur politischen Beteiligung schafft: *Aktive* Subjektivierung zielt auf keine Zunahme von Erfordernissen ab. Sie bedeutet, dass sich Formen der politischen Beteiligung, von Partizipation oder politischem Handeln herausbilden. Dabei bleibt die Frage ungeklärt, ob Arbeitsformen dazugehören – und ob sie eine Form der politischen Subjektivierung sind.

An dieser zentralen Frage setzte die Studie an. Dazu nahm sie zum einen die *normative* Subjektivierung von Martin Baethge (1991) zum Ausgangspunkt, die die gestiegenen Sinnansprüche der Arbeitssubjekte herausstellt. Zum anderen setzte sie den Diskurs um kreative Arbeit in Beziehung zu neuen Politik- und Nachhaltigkeitsformen – und stellte die triadische Unterteilung Hannah Arendts von Arbeit, Herstellen und Handeln (poli-

tisches Handeln) ins Zentrum der Überlegung: Nach Arendt ist Arbeit überlebensdienliche Notwendigkeit. Herstellen ist dagegen eine Zweck-Mittel-Kategorie, über die der Mensch dauerhafte Güter für den Lebensbestand schafft. Damit ist er aber noch nicht politisch. Politisch wird er erst, wenn er handelt – und frei von fremden Zwecken (und damit von den Zweckbestimmungen des Herstellens) ist. Die vorliegende Studie warf die Frage auf, ob der Zweckcharakter des Herstellens – Arbeitshandeln als Selbstherstellen – heute als politisch zu verstehen ist: Handeln Akteure politisch, wenn sie nach ökologischen und/oder fair-sozialen Kriterien produzieren? Verstehen sie sich als politisch? Können sie als politische Akteure gelten?

02 Zentrale Ergebnisse der empirischen Studie

Zentrales Ergebnis dieser Studie ist, dass nur wenige Akteure klar erkennbare politische Zielsetzungen formulieren, auch können nur wenige als politische Akteure in Anlehnung an einen *engen* Politikbegriff gelten, der das Politische an die Politik (Staat, Politik als System) oder dasjenige Handeln bindet, das an die Politik adressiert ist (über Wahlbeteiligungen, Mitgliedschaften in Parteien etc.). In dieser Perspektive ist das Politische auf den Staat als „zentrale gesellschaftliche Regelungsinstanz“ bezogen (Regier 2023: 24; sie auch May 2007: 86; Blum/Schubert 2018: 9) und politisches Handeln ist gleichbedeutend mit der „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ (Buchstein 2012: 18; siehe auch Luhmann 2002). Ergebnis dieser Studie ist, dass die Akteure von dieser Form des Handelns abweichen. Zwar sind Vorstellungen von Politik erkennbar, die das Politische mit einem *engen* Politikbegriff in Verbindung bringen – demnach ist „die Politik“ der Staat, es sind die Parteien, die das Politische als Politik repräsentieren, und in der Konsequenz versteht ein Teil der Befragten das eigene Handeln als unpolitisch, weil für sie das Politische mit der Politik gleichbedeutend ist. Auf der anderen Seite hat ein Großteil der Befragten keine Vorstellung davon, was für sie „das Politische“ bedeuten kann oder soll – darum fällt es ihnen schwer, ihre Handlungen in einen entsprechenden Kontext zu stellen. Andere wiederum verstehen sich klar als politisch, sind aber in keiner Partei, Gewerkschaft oder in sonstigen politischen Institutionen. Insgesamt geht es einem Großteil der Befragten darum, gesellschaftliche Veränderungen über Arbeit und Produktion zu erwirken – Ziel ist es, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben und gesellschaftliche Verantwortung über Arbeitshandeln zu übernehmen.

Ergebnis dieser Studie ist, dass die Herstellungsformen damit mit herkömmlichen Definitionen von Politik und politischem Handeln nur schwer zu fassen sind: Zum einen appellieren die Akteure an soziale und ökologische Gerechtigkeit, sie adressieren ihre Forderungen aber vorrangig an andere Gesellschaftsakteure – an Konsument*innen, andere Hersteller*innen und die Wirtschaft, nicht aber an die Politik. Zum anderen resultiert daraus kein politischer Widerstreit in Form einer agonalen Streitkultur. Vielmehr werden Unterstützer*innen zur Mobilisierung gesucht: Selbstherstellen ist Arbeitshandeln als Verständigungshandeln – und damit Abbild gesellschaftspolitischer Interaktion. Was Habermas trennt, Arbeit und Interaktion, fließt zusammen. Was Hannah Arendt unterscheidet, Arbeit, Herstellen und Handeln, bedingt sich wechselseitig. Versteht man Politik in Anlehnung an Thomas Meyer als *„die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugute kommender Entscheidungen“* (Meyer 2006: 41, H.

i. O.) – denn von dieser Definition des Politischen wurde in dieser Studie ausgegangen – dominiert letzteres. Selbstherstellen zielt auf Aktivitäten ab, die der Gesellschaft *zugekommen* (sollen), wenngleich die Politik als Adressat unerheblich bleibt.

Die Gründe, warum Forderungen kaum an die Politik gestellt werden, sind vielschichtig, und sie lassen sich anhand der drei für diese Studie entwickelten Typen herleiten. Diese sind:

- 1.) *die produktionsorientierten Selbsthersteller*innen*
- 2.) *die ethischen Selbsthersteller*innen*
- 3.) *die politischen Selbsthersteller*innen*

Die *produktionsorientierten Selbsthersteller*innen* stellen Spaß am Gestalten und das Produkt als solches in den Vordergrund. Politische Ziele sind nicht erkennbar. Dieser Produktionstyp betreibt eine Form der Subjektivierung, die sich weitestgehend an hedonistischen Kriterien und in beruflicher Hinsicht an unternehmerischen Zielen orientiert. Eine nachhaltig-ökologische oder fair-soziale Perspektive des Handelns zeigt sich dagegen erst bei den *ethischen Selbsthersteller*innen*, wobei diese keine politischen Forderungen stellen – letzteres zeigt sich erst bei den *politischen Selbsthersteller*innen*, die sich und ihre Arbeit als politisch verstehen. Die *politischen Selbsthersteller*innen* reklamieren politische Ansprüche (die sogenannte *reklamierende politische* Subjektivierung). Aber auch sie adressieren Forderungen meist nicht an die Politik – sie richten sie an die Wirtschaft, an andere Hersteller*innen, letztlich an die gesamte Zivilgesellschaft.

Dominierend ist in dieser Studie der *ethische* Produktionstyp, und das in einem unternehmerischen Sinne: Rund zwei Drittel der Befragten lassen sich diesem Typ zuordnen. Etwa ein Drittel kann den *politischen Selbsthersteller*innen* zugeordnet werden, wenngleich die Übergänge fließend sind. Das Charakteristische am *ethischen* Herstellertyp ist, dass er Produkte nach klaren ethischen Standards herstellt, und ethisch meint, dass a.) ökologische und/oder b.) fair-soziale Kriterien festgelegt werden (zum Beispiel kein Handeln mit Anbieter*innen, die Arbeitskräfte ausbeuten oder Menschenrechte verletzen). Allerdings werden die Standards nicht von Beginn an festgelegt. Sie kristallisieren sich erst im Zuge der Produkt- und Unternehmensprofessionalisierung heraus – also erst dann, wenn sich ein potenzieller oder tatsächlicher Kundenkreis auftut. Die *politischen* Produktionstypen legen Ziele dagegen von Beginn an fest – und sie leiten daraus politische Forderungen ab, von denen es so gut wie kein Abweichen gibt. Auch stellen sie das ökonomische und politische System ganzheitlich in Frage – ganz im Gegensatz zu den *ethischen* Hersteller*innen, die sich meist nur auf den eigenen Branchenkontext beziehen. Und vor allem produzieren die *politischen* Akteure nur, wenn sich die definierten Standards eins zu eins umsetzen lassen: Das, was man verändern will, geht weit über den Branchen- oder Arbeitskontext hinaus, wenngleich auch für sie die institutionelle Politik bedeutungslos bleibt.

Die Gründe, warum die Politik typenübergreifend kaum eine Rolle spielt, sind vielschichtig. Sie lassen sich jedoch auf drei wesentliche reduzieren, die in dieser Studie *die Übertragung des Arbeitsethos auf die Ebene der Politik* genannt wurden: Erstens wird bei den Akteuren ein Anspruch an Autonomie deutlich, der es erschwert, sich in feste Organisationsstrukturen einzugliedern oder kollektiven Willensbildungsprozessen anzuschließen – wichtig ist den allermeisten ihre Unabhängigkeit, woraus sich der Wunsch ableitet,

eigene Entscheidungen treffen zu können. Zweitens wird das Verlangen nach etwas Besonderem und Einzigartigem, was sich im Produkt verkörpert (die Produkte sind meist Unikate), von der Arbeitsebene auf die Politik übertragen. Deutlich wird das daran, dass sich die Akteure mit den Angeboten, die Institutionen, Parteien oder Organisationen machen, nur schwerlich zufriedengeben wollen. Betont wird, dass man sich nur engagieren wolle, wenn die Angebote den eigenen Vorstellungen entsprechen. Da Parteien, Institutionen und Organisationen in der Regel ein Querschnitt an Interessen sind, tun sich viele schwer damit, sich kollektiven Bündnissen anzuschließen (und das vor allem dann, wenn sie Verpflichtungscharakter haben). Drittens handelt die Politik den Akteuren zufolge nicht konsequent genug. In der Politik werde zu viel geredet und zu wenig gemacht. Darum fordert ein Großteil, dass die Politik pragmatischer und lösungsorientierter handeln solle – so wie man das selbst tut.

In Anlehnung an die empirischen Ergebnisse konnten dazu abschließend **drei zentrale Politikbegriffe** herausgestellt werden, die Arbeit und Produktion als Faktor berücksichtigen – und woraus sich einer neuer und vierter Begriff herausbilden ließ: Erstens lässt sich in dieser Studie von *Proto-Politics* in Anlehnung an die politikwissenschaftliche Forschung sprechen. *Proto-Politics* steht für Formen des politischen Handelns, die auf die „Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ abzielen (Buchstein 2012: 18), wobei die Ziele an die Systemebene der Politik und ihre Institutionen adressiert sind. Dieser Begriff repräsentiert in der Forschung gemeinhin einen *engen* Politikbegriff. Davon lässt sich zweitens ein *weiter* gefasster Politikbegriff unterscheiden, der in dieser Studie in Anlehnung an die Subpolitik Becks (1986, 1993) konzipiert, aber weiter spezifiziert wurde: Die Subpolitik zeichnet sich bei Beck dadurch aus, dass „Akteure *außerhalb* des politischen oder korporatistischen Systems [...] um die [...] Gestaltungsmacht des Politischen konkurrieren“ (Beck 1993: 162, H. I. O.). Die Subpolitik kann sich auf sämtliche Lebenskontexte beziehen – auf Alltagsentscheidungen, den ethischen Konsum oder auf politische Produktion. Allerdings hat Beck Produktion als Faktor nicht näher bestimmt. Darum wurde in dieser Studie in Anlehnung und Erweiterung zur Subpolitik der Begriff *Politics of Self-Production* an der Schnittstelle von Arbeitssoziologie und Politikwissenschaft in die Forschung eingeführt: *Politics of Self-Production* steht für Arbeitshandeln (Selbsterstellen) als politisches Handeln. Der Begriff fügt der Subpolitik Becks den Faktor Arbeit hinzu. Zugleich lehnt er sich an die Begriffe *Politics in Production* und *Politics of Production* bei Burawoy (1979) an, die bei Burawoy auf betriebliche Mikropolitik (*Politics in Production*) und staatliche Arbeits(markt)- und Wohlfahrtspolitik (*Politics of Production*) reduziert bleiben – und er erweitert den Begriff des *politischen Konsums* (vgl. van Deth/Zorell 2020) um den der *politischen Produktion*. Drittens, und abschließend, wurde der Begriff *Politics of Self-Production* auf die Life-Politics Giddens (1991) bezogen, die für neue Identitätspolitik und die Zunahme gesellschaftlicher Verantwortungsimperative steht: Life-Politics bedeutet, dass das gesamte Leben zur politischen Selbstaufgabe wird. Der Begriff *Politics of Self-Production* steht dagegen für ein neues Dazwischen: Er repräsentiert die gestiegenen Selbstansprüche der Arbeitssubjekte an politische Selbstbestimmung. Er steht für die Zunahme von Anspruchshaltungen der Gesellschaft an ökologisch, fair-soziale Produktionsstandards – und zeigt, dass beides in einem konstitutiven Wechselverhältnis steht.

In der Gesamtheit bildet der Begriff *Politics of Self-Production* damit Prozesse der Mikropolitikisierung ab, indem sich Selbstansprüche der Subjekte und Gesellschaftsansprüche kreuzen: *Politics of Self-Production* ist Abbild einer *reklamierenden* Subjektivierung, wonach Subjekte Sinnstrukturen in Arbeitsprozessen einfordern, zugleich ist sie Ausdruck einer *ideologischen* Subjektivierung, weil Anspruchshaltungen in Produktionsprozessen reproduziert werden: Neue ökologische und faire Standards werden als übergeordnete Ziele formuliert, sie sind aber zugleich Anspruchshaltungen der Gesellschaft, denen die Subjekte nachkommen – und auch nachkommen wollen. Dazu kann *Politics of Self-Production* zwei Formen annehmen: Erstens kann das Handeln Ausdruck einer *prototypischen* Konstellation sein, wenn Handlungsziele Forderungen implizieren (oder nach sich ziehen), die direkt an die Systemebene der Politik adressiert sind. Zweitens kann das Handeln Forderungen zur Folge haben, die nicht an die Politik adressiert werden – in dieser Studie dominiert letzteres: *Politics of Self-Production* ist Arbeitshandeln als gesellschaftliches Aushandeln, das in der Mehrheit die Infragestellung der institutionellen Politik nach sich zieht. Die Parteienpolitik wird nicht abgelehnt. Sie bleibt dennoch bedeutungslos. Mit Jan van Deth ließe sich sagen: „Das Leben, nicht die Politik ist wichtig“ (van Deth 2000: 115).

Was bedeuten die Ergebnisse für Wissenschaft und Forschung? *Politics of Self-Production* steht exemplarisch für eine Entwicklung, wonach sich Möglichkeiten zur politischen Beteiligung mehren, zugleich aber die Vorstellungen darüber, was das Politische bedeutet, unklar werden (vgl. Beck 1993; Dubiel 1994: 89; van Deth/Zorell 2020: 393): Auf der einen Seite schafft Arbeit neue Sinnkontexte, die sich mit politischen Zielen verbinden (*normative* Subjektivierung als *politische* Aktivierung). Auf der anderen Seite schwindet die Bedeutung der institutionellen Politik. Daraus folgt jedoch nicht, dass man über den Arbeitskontext hinaus sonderlich politisch aktiv wird, nur die *politischen* Hersteller*innen bilden hierzu eine Ausnahme. Vielmehr konzentriert sich die politische Aktivität bei den meisten Befragten auf den eigenen Arbeitskontext. Darüber wird Arbeit nicht nur entgrenzt, weil sie den gesamten Lebensalltag durchdringt. Das Selbstherstellen ist eine neue Grenzziehung zur Politik, da die Zeit im Gegenzug für weiteres politisches Engagement fehlt: In einer Partei ist nur eine Befragte, wenngleich sie angibt, derzeit „parteiinaktiv“ zu sein. In einer Gewerkschaft ist niemand. Bei Greenpeace ist eine Akteurin, zwei weitere spielen mit dem Gedanken, dort einzutreten. Nur eine Akteurin hat zudem eine politische Initiative ins Leben gerufen (eine Petition). Eine andere hat einen Verein gegründet, um sich gezielt gegen Hartz-IV-Sanktionen auszusprechen. Das zeigt: Die Subjektivierung von Arbeit schafft nicht nur neue Sinnkontexte, die in Teilen politisch sind. Sie erschwert (oder blockiert) eine Subjektivierung des Politischen über den Arbeitskontext hinaus.

Ziel dieser Studie war es allerdings nicht nur, Herstellungsformen empirisch zu untersuchen. Es ging auch um eine historische Skizze zum Selbstherstellen an der Schnittstelle von Arbeit und Politik. Zentrale Erkenntnis dieser Studie ist, dass erst die Verökonomisierung von Arbeit ab dem 17. Jahrhundert (über eine damit verbundene Aufwertung der Arbeit) gesellschaftspolitische Positionen im Arbeitskontext hervorgerufen hat: Kritisiert wird anfänglich die Lohnausbeutung, die Verdrängung des Handwerks und die gesellschaftliche Schlechterstellung der Frau. Damit lässt sich die Ökonomisierung von Arbeit auf keine einseitige Verökonomisierungsspirale im

Sinne der Arbeitskraftunternehmer-These reduzieren. Vielmehr bringt die Ökonomisierung neben sozialen Risiken (Lohnausbeutung, Selbstausbeutung) ethische und gesellschaftspolitische Anspruchshaltungen hervor. In historischer Perspektive heißt das: Zeigte die Verökonomisierung ab dem 18/19. Jahrhundert zunächst eine Verschiebung vom proletarischen Lohnarbeiter über den verökonomisierten Arbeitnehmer (Fordismus) hin zum verbetrieblichten Arbeitskraftunternehmer (Postfordismus) (vgl. Pongratz/Voß 2004: 14), bilden sich heute politische Werthaltungen im Arbeits- und Unternehmenskontext heraus, die Arbeit und das Politische transformieren. Das lässt sich als Entpolitisierung verstehen, weil sämtliche Lebensbereiche von Arbeit durchdrungen sind. Zugleich ließe sich ein Wandel von Arbeits- und Politikformen konstatieren, indem sich politische Anspruchshaltungen in Arbeitsprozesse verlagern – und worüber an vielen Stellen ein neues Wirtschaftsverständnis im Sinne von Postwachstum deutlich wird. Dazu lassen sich abschließend fünf zentrale Thesen formulieren, die den Zusammenhang von Arbeitshandeln und politischem Handeln in Bezug auf kreative Arbeit (Selbsterstellen) neu beleuchten – und die einen Ausblick auf neue Forschungs- und Gesellschaftsperspektiven bieten.

03 Die Bedeutung der Ergebnisse für den arbeitssoziologischen und politikwissenschaftlichen Diskurs: Fünf zentrale Thesen und Folgerungen

Erstens lässt sich das Selbsterstellen in dieser Studie als Kreativarbeit verstehen, in der sich neue gesellschaftliche Verantwortungshaltungen kulminieren: Ansprüche an Ökologie und Sozialverantwortlichkeit verbinden sich mit neuen Arbeitskonzepten. Kreativität steht für die Verökonomisierung von Arbeit, zugleich für gesellschaftliches Problemlösen im Sinne einer „Durchsetzung von Neuem“ (Bluhm 2001: 76, 2012: 91) – und sie hat darüber eine politische Dimension. Dabei werden die Herstellungsformen ganz pragmatisch angegangen. Sie sind darum im Kontext des Pragmatismus-Ansatzes zu lesen (vgl. Kapitel 8.2.1), der die gesellschaftliche Lösungskompetenz herausstellt – Kreativarbeit ist weder Handeln im Sinne Arendts als von Zwecken befreites Handeln, noch ist sie Abbild einer Ästhetisierungsspirale nach Reckwitz, wonach Individualisierungsprozesse Anspruchshaltungen an das Besondere evozieren. Kreativarbeit ist Arbeitshandeln als Verantwortungshandeln. Es geht darum, das zurückzudrängen (oder zu unterbinden), was aus der Individualisierung über Jahre resultiert ist – eine Konsumpraxis, die Umwelt und Natur in hohem Maße zerstört.

Zweitens ist das Selbsterstellen eine neue Form der Notwendigkeit – sie steht für den Wandel von Arbeit hin zu sinnerfüllten Tätigkeiten. Hannah Arendt hat Arbeit in historischer Betrachtung zur überlebensdienlichen Notwendigkeit erklärt (vgl. Arendt 2013: 99ff.). Arbeit sei eine Mühsal des Lebens, um die Dinge zu bewältigen, die das Leben erfordert. Von der Arbeit grenzte sie das Herstellen und Politische ab – Herstellen ist eine höherwertige Tätigkeitsform, sie ist aber nichts Ökologisches oder Politisches. In dieser Studie ist das Selbsterstellen selbst eine neue Form der Notwendigkeit: Ziel ist es, Prozesse für den sozial-ökologischen Wandel einzuleiten. Dazu politisieren die Subjekte keine eigenen Identitäten wie in den 1970er Jahren, wodurch Mode zum Distinktionsmerkmal wurde – und zumindest in dieser Perspektive ist das Selbsterstellen keine Life-Politics im Sinne einer Identitätspolitik nach Giddens. Vielmehr politisieren die Subjekte Mode- und Designprodukte, um gesellschaftliche Lösungen zu erarbeiten.

Es geht um keine individualisierte „Grenzübertretung als Norm“ (van Dyk 2010 33ff.). Nachhaltige Produkte werden normiert, um neue Grenzen zu ziehen.

Drittens ist das Selbstherstellen eine neue *aktive* Form der Subjektivierung, die sich mit einer *normativen* Perspektive der Arbeit verbindet. In der Arbeitssoziologie werden beide in der Regel unterschieden: Die *aktive* Subjektivierung steht für gesellschaftliche Erfordernisse, die es subjektiv zu bewältigen gilt. Die *normative* Subjektivierung bildet sinnbasierte Anspruchshaltungen im Arbeitskontext ab, die von den Subjekten eingefordert werden. In dieser Studie bedingen sich beide: Die Subjekte aktivieren sich über Arbeit, um nachhaltige Produktion gesellschaftsfähig zu machen. Zugleich reproduzieren sie Anspruchshaltungen der Gesellschaft nach neuen ökologischen Standards – und diese Entwicklung wurde in historischer Betrachtung als die *vierte Form der Subjektivierung des Politischen im Arbeitskontext* verstanden.

Viertens wirkt das Selbstherstellen Formen der politischen Beteiligung entgegen: Zum einen beteiligen sich die Akteure so gut wie nie über die Arbeit hinaus. Zum anderen schaffen sie keine Beteiligungsmöglichkeiten über Arbeitsformen (ausgenommen sind Petitionen oder Vereinsgründungen).

Fünftens, und abschließend, ist das Handeln Ausdruck neuer Nachhaltigkeit und Nicht-Nachhaltigkeit zugleich: Einerseits wird an neue Nachhaltigkeitsstandards appelliert. Andererseits sind die Arbeitsformen (oft) prekär und darum nicht-nachhaltig in Bezug auf die eigene Arbeits- und Lebenssituation – in den Hintergrund rückt die soziale Frage (Arbeitsplatzsicherheiten etc.), in den Vordergrund tritt die ökologische als politische.

04 Schlusswort und Ausblick

Die Studie untersuchte Arbeitshandeln als mögliche Form des politischen Handelns am Beispiel des Selbstherstellens. Die abschließende Frage lautet damit, welche Relevanz die Ergebnisse für Wissenschaft und Forschung haben – und was sie gesamtgesellschaftlich bedeuten. Für die Wissenschaft können zwei zentrale Erkenntnisse gewonnen werden: Erstens kommt der Arbeitssoziologie die Aufgabe zu, die Entwicklung von Prekarisierungsprozessen und nachhaltigen sozialverantwortlichen Arbeitsformen nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern zusammenhängend zu untersuchen. Die Forschung muss dazu eine erweiterte Perspektive auf Arbeit, Produktion und Nachhaltigkeit entwickeln. Ziel darf es nicht sein, sich nur auf eine „*Beobachterkategorie*“ zu konzentrieren (Neckel 2018: 13, H. i. O.), wie Sighard Neckel für die Soziologie fordert, um nur die soziale Ungleichheit herauszuarbeiten, die aus der sozial-ökologischen Transformation resultiert. Das Forschungsinteresse muss zugleich auf der „*Teilnehmerperspektive*“ liegen, worüber mögliche gesellschaftliche und politische Ziele untersucht werden können. Man kann dazu an die „erweiterte Subjektperspektive“ der Nachhaltigkeit bei Becke und Warsewa anschließen (Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.), wonach es einerseits darum geht, Ungleichheitsverhältnisse in den Blick zu nehmen, die aus dem sozioökonomischen Wandel resultieren. Andererseits stehen zivilgesellschaftliche Assoziationen, neue bürgerschaftliche Engagementformen und Arbeitsfelder (formelle sowie informelle Arbeit) im Mittelpunkt (siehe auch Mautz 2016; Corrêa/Nowak 2016) – und vor allem müssen Kreativakteure in diesem Spannungsfeld berücksichtigt werden, denen bislang kaum Bedeutung zukommt. Das gilt gleicher-

maßen für den Zusammenhang von Arbeit und Interaktion, der noch immer eine gesellschaftspolitische Perspektive ausblendet. Hier muss es darum gehen, das Forschungsfeld um Kreativarbeit und „künstlerisch-kreative Arbeit“ (Manske 2016a: 35ff.) mit neuen Nachhaltigkeitsperspektiven (auch im politischen Sinne) zu verbinden – und zu untersuchen. Interessant wären in diesem Zusammenhang vor allem berufliche Vergleichsgruppen, wozu es bislang keine Studien gibt. Dabei darf sich die Betrachtung nicht auf Marktaspekte und Prekarisierungsrisiken beschränken. Die normative Ebene der Subjektivierung (Baethge 1991) muss unter gesellschaftspolitischen Aspekten neu beleuchtet werden – ohne dass Prekaritätsrisiken aus dem Blick geraten. Der Versuch von Manske (2023), neue Solidaritäten unter Kulturakteuren (am Beispiel der Darstellenden Künste) im Spannungsfeld von Arbeit und Politik zu betrachten, oder der Vorstoß von Kannler et al. (2019), das Verhältnis von Kreativität und Kritik neu zu beleuchten, können als erste Gehversuche gelten. Aber auch hier fehlen politikwissenschaftliche Perspektiven.

Zweitens steht die Politikwissenschaft vor der Herausforderung, der Pluralisierung von Politikformen weiter Rechnung zu tragen. Dazu darf sie sich auf keine *politischen Konsument*innen* beschränken, denen seit Jahren gehobenes Interesse zukommt. Sie muss auch die *Produzierenden* in den Blick nehmen, wenn auch die Ergebnisse der Studie nahe legen, dass die Subjektivierung von Arbeit einer Subjektivierung des Politischen an vielen Stellen entgegensteht (weil sich das Politische auf Arbeit reduziert). Genau darum ist aber eine kritische Perspektive auf „die Politisierung von Einkaufsentscheidungen“ (van Deth/Zorell 2020: 401) vonnöten. Eine Gesellschaft, die das Politische an Kaufentscheidungen bindet, ist von einer „Verbraucherdemokratie“ (Lamla 2013) nicht weit entfernt. Das Forschungsinteresse darf somit nicht nur den Potenzialen gelten, die aus Konsum- oder Produktionsentscheidungen resultieren. Es müssen die Probleme benannt werden, die damit einhergehen. Und für diese Studie heißt das, dass Prozesse der Verökonomisierung und Distanzierung von Bürger*innen und Politik zusammenhängend zu betrachten sind.

Die politische Frage ist damit abschließend eine doppelte: Erstens geht es um eine Perspektive auf die Arbeitsformen selbst. Das Politische am Selbstherstellen ist vordergründig nicht das Intentionale als Handeln, das sich in neuen Anspruchshaltungen verkörpert, das ist es auch. Dem steht die Tendenz gegenüber, so die Erkenntnis der Studie, dass durch die Konzentration auf Arbeit ein gesellschaftspolitisches Engagement an vielen Stellen verloren geht. Das Politische an der Arbeit sind in der Mehrheit die Arbeitsformen selbst, weil sie Alternativen versprechen und politische Unterstützung brauchen. Im Selbstherstellen verkörpert, *verdinglicht* sich im Sinne Bruno Latours (2005), ein gesellschaftliches Problem, wonach die Gesellschaft rein wirtschaftlich auf eine Vielzahl der untersuchten Arbeitsformen verzichten könnte – weil sie prekäre Beschäftigungen sind. Zugleich wirft das die Frage auf, welche Funktion Arbeit heute hat: Arbeit steht nicht nur für Lohnerwerbsarbeit und einen monetären Mehrwert. Arbeit schafft gesellschaftliche Mehrwerte über innovative Produktvorhaben. Dass sich Arbeit und Lohn dabei in vielen Fällen entkoppeln, ist die Kehrseite der Medaille. Genau darum stellt sich aber die Frage, wie Arbeit in Zukunft gestaltet und finanziert werden kann und muss. Dazu braucht es nicht nur eine Vision von Arbeit, die über Lohnerwerbsarbeitsperspektiven hinausgeht. Gefordert sind, und das wäre zweitens, politische Konzepte, die gute

Arbeit unterstützen – *Politics of Self-Production*, so der für diese Studie entwickelte Begriff, ist nicht nur Arbeitshandeln als politisches Handeln. Sie ist (auch) eine Form der *Politics of Production* im Sinne Burawoy (1985), weil es um die gesellschaftliche Regulierung von Arbeit geht. Der Politik kommt damit die Aufgabe zu, das gesellschaftliche Potenzial, das von den Arbeitsformen dieser Studie zweifelsohne ausgeht, durch Programme und Strukturmaßnahmen zu unterstützen – schon darum muss auf das in dieser Studie angeführte Nachhaltigkeits-Viereck zurückgegriffen werden, das neben einer ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit die Politik an den Verhandlungstisch holt. *Selbsterstellen als neue Politik* steht somit für keine Reduktion auf ökologische, sozialverträgliche Selbstproduktionen in gesellschaftlichen Rückzugsräumen. Politisch sind die Fragestellungen und Problemkontexte, die daraus resultieren – und die es politisch zu lösen gilt, und zwar nicht im Alleingang, sondern im Sinne einer beiderseitigen Institutionenpolitik, von den Akteuren und der Politik.

